

Rechtliche Aspekte der IT - Sicherheit

18. November 2004

Rainer Ihde
Rechtsanwalt und Notar
Berlin

Überblick

Vertragssicherheit

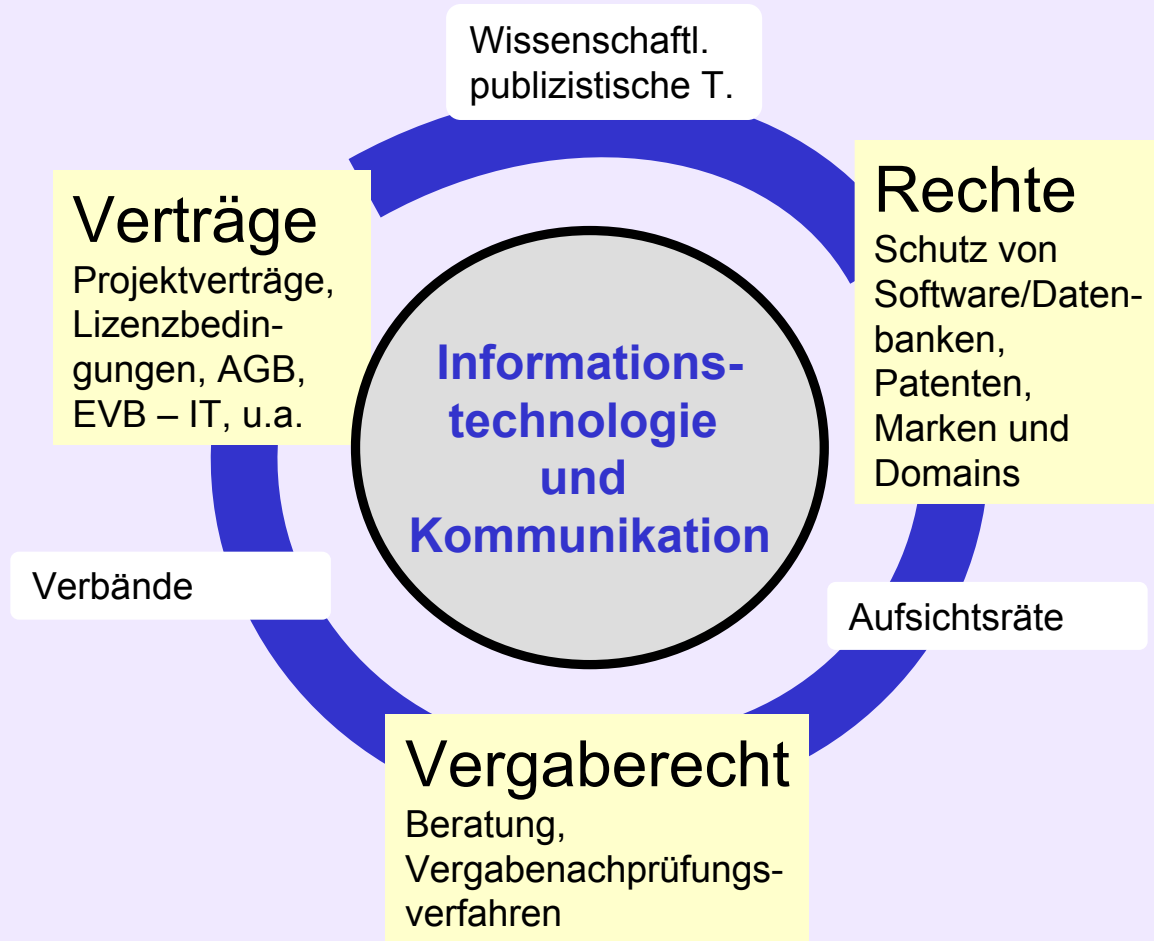
Besondere Aspekte im Internet

Strafrechtliche Aspekte

Rechtliche Aspekte der IT - Sicherheit

IHDE

RECHTSANWÄLTE



Vertragssicherheit

- Leistungsbeschreibung
- Zwischenabnahmen und Zahlungsplan
- Leistungsplan (Milestones)
- Rechtssichere AGB (Schuldrechtsreform!)
- Schwachstellen vermeiden (Dokumentation, Change – Management)
- Sicherung von Rechten

Vertragsanbahnung

Beginn der Rechtspflichten

Aufklärungspflichten

Beratung als Nebenpflicht

LOI

NDA

Letter of Intent

Keine gesetzliche Regelung

Bindungswirkung durch Auslegung?

Non Disclosure Agreement

Bindungswirkung

Durchsetzbarkeit

Vertragsstrafe

Vertragssicherheit

Sicherung von Ansprüchen

Zurückbehaltungs-
recht



Unsicherheitseinrede



Bürgschaft

Patronatserklärung

Sicherungsabtretung

Vertragstypen/AGB

Begriff:

- **Vorformulierte Bedingungen**
- **für den mehrfachen Gebrauch bestimmt**
- **eigene oder fremde (Drittlizenzen, BVB/EVB-IT)**
- **nicht individuell ausgehandelt**

Einbeziehung: vertragliche Regelung (Ausnahme: Überraschende Klauseln)

Rechtsfolge: Unwirksamkeit bei Verstoß gegen AGBG

Beispiele: Unangemessene Benachteiligung

Auslegung: zu Lasten des Verwenders

Neuerungen im Kaufrecht seit 2001

Beginn der Gewährleistung:

→ Keine Abnahme sondern **Ablieferung**

Verjährung: 2 Jahre

Geringfügige Mängel

→ **Keine Bagatellklausel mehr!**

→ Keine Nacherfüllung bei Unverhältnismäßigkeit (§§ 439, 275 II, III BGB)

→ Kein Schadensersatz statt der ganzen Leistung (§§ 281 I S. 3 BGB)

→ Kein Rücktritt (§ 323 V BGB)

Garantie

→ ersetzt „zugesicherte Eigenschaften“

→ durch Verkäufer oder Dritte

→ Bedingungen der Garantie oder der „einschlägigen Werbung“

Untersuchungs- und Rügeobliegenheit bleibt (§ 377 HGB)

Rügeobliegenheit

§ 377 HGB

- (1) „... der Käufer (hat) die Ware unverzüglich nach der Ablieferung durch den Verkäufer, soweit dies nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist, zu untersuchen und, wenn sich ein Mangel zeigt, dem Verkäufer unverzüglich Anzeige zu machen.
- Unterläßt der Käufer die Anzeige, so gilt die Ware als genehmigt, es sei denn, daß es sich um einen Mangel handelt, der bei der Untersuchung nicht erkennbar war.“
 - Zeigt sich später ein solcher Mangel, so muss die Anzeige unverzüglich nach der Entdeckung gemacht werden; „

Vertragspartner in der Krise

Insolvenzgefährdung und Antragsgründe

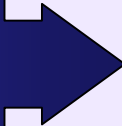
- Überschuldung
Rechnerische bilanzielle Überschuldung, negative Fortsetzungsprognose
- Zahlungsunfähigkeit
„nicht in der Lage, fällige Zahlungspflichten zu erfüllen“
- voraussichtliche Zahlungsunfähigkeit
- Antragsberechtigung: Schuldner oder Gläubiger

Wahlrecht des Insolvenzverwalters

Nicht oder nicht vollständig erfüllter Vertrag (§103 InsO)

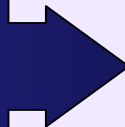
Herbeiführung einer Entscheidung: Aufforderung des
Insolvenzverwalters

Ablehnung



**Schadesersatz
wegen
Nichterfüllung**

**Annahme der
Erfüllung**



**Masseverbindlichkeit
(Einstehen des
Insolvenzverwalters)**

Softwarelizenzen in der Insolvenz

- Vollständig erfüllter Vertrag (z.B. Kauflizenz)
Lizenzrechte bleiben bestehen, sowohl bei Lizenznehmer als auch Lizenzgeber
- Teilweise erfüllter Vertrag
Wahlrecht des Insolvenzverwalters
- Dauerschuldverhältnisse (z.B. Mietlizenz)
Wahlrecht des Insolvenzverwalters

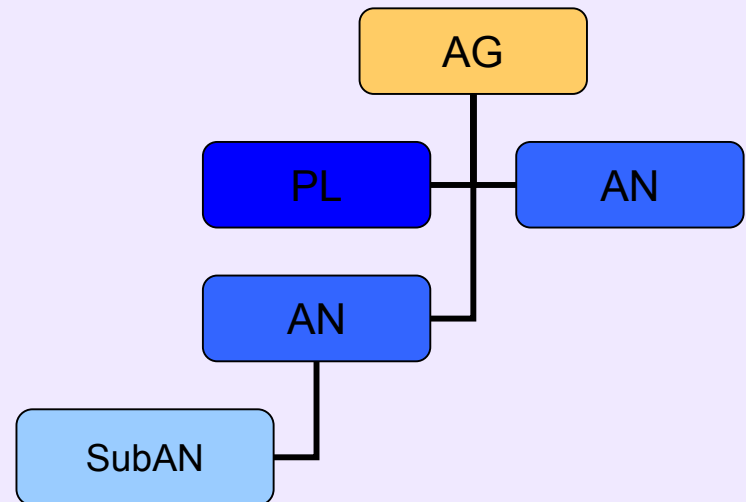
Vereinbarungen nach Insolvenzantrag

- mit (noch) verfügbungsberechtigtem gesetzlichen Vertreter
- bei Eigenverwaltung
- mit vorläufigem Insolvenzverwalter
wenn mit Verfügungsbefugnis eingesetzt
- mit Insolvenzverwalter

Bei Insolvenzgefahr sind bei jeder Vereinbarung Verfügungsberechtigung und Anfechtungsgründe zu prüfen

Mehrheit von Beteiligten

- Komplexität als Problem
- Abgrenzung von Auftragsinhalten
- Mitwirkungspflichten
- Konsortialverträge
- Haftung für den Mitauftragnehmer?
- Haftung für den Subauftragnehmer
- Haftung als Projektleiter
- Geheimhaltung
- Kartellrecht



Vertragsschluss im Internet

**zweiseitige
überein-
stimmende
Willenser-
klärung**

**Abgrenzung
invitatio ad
offerendum**

**Zugang unter
Abwesenden:

Eingang im
Einflußbereich
des Empfängers

evtl. Widerruf**

**Form-
erfordernisse:
grundsätzlich
Formfreiheit
aber
Sondervorschrif-
ten, z.B. VerbrKrG
Bürgschaft,
gewillkürte Form**

Identität und Authentizität

Identität:

- Computer regelmäßig nicht identifizierbar
- Absenderangaben nicht überprüfbar

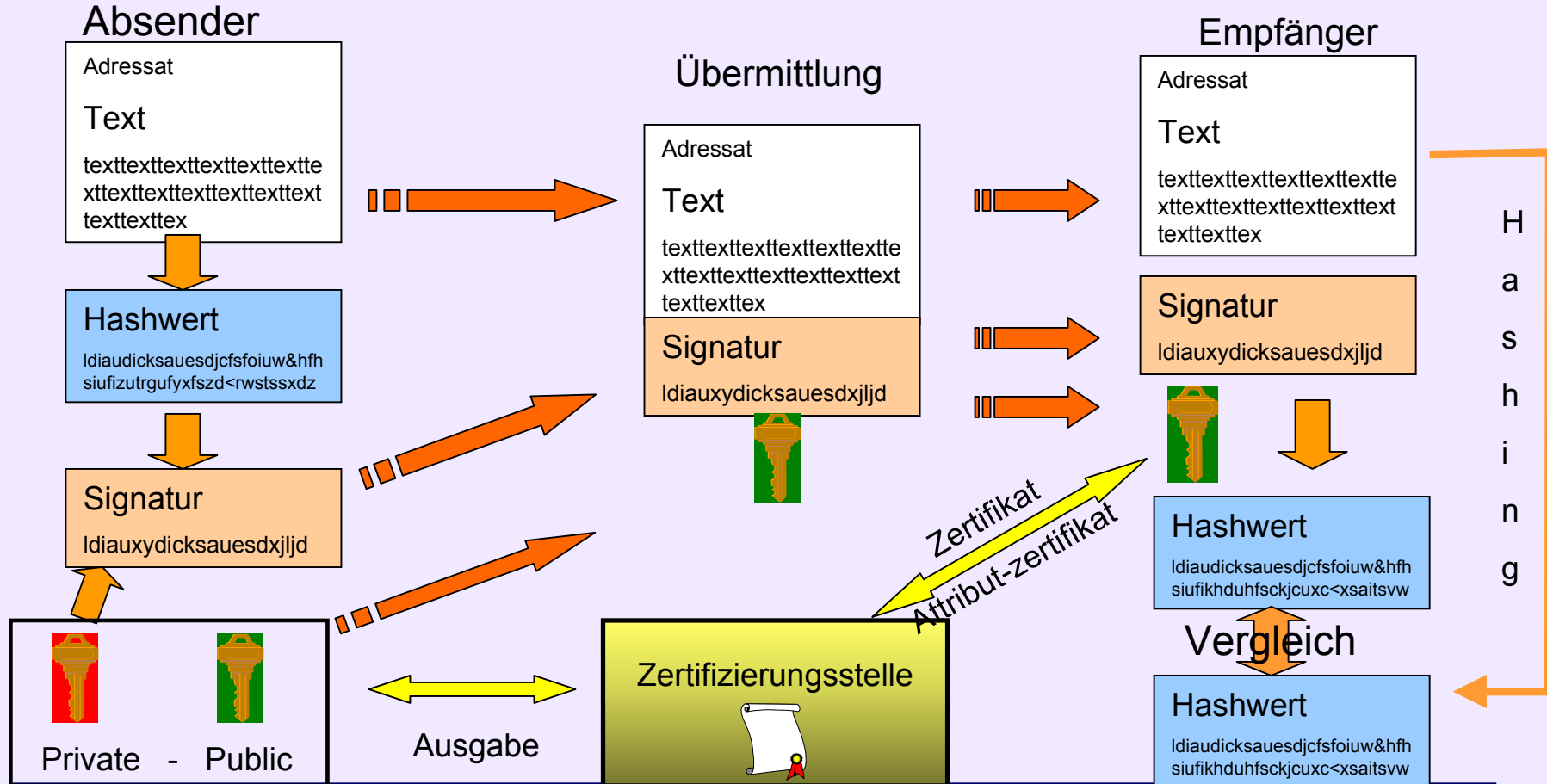
Authentizität:

- Veränderung von Erklärungen nicht erkennbar
- digitale Unterschrift ist fälschbar und genügt nicht den Schriftformanfordernissen

Digitale Signatur:

- Identifizierung
- Authentifizierung
- Schriftform
- Beweiskraft

Funktionsweise der (qualifizierten) digitalen Signatur



Digitale Zertifikate

Adressat@xyz.com

Text

texttetxtetxtetxtTexttex
texttexttexttexttetxtetexttexttexttexttexttexttexttetxt

Signatur

Name des Inhabers

Signaturprüfschlüssel



Angabe der Algorithmen



Nummer des Zertifikats

Beginn und Ende der Gültigkeit

Qualifikation

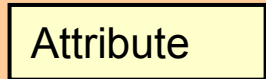
Zertifizierungsanbieter und

Herkunftsland

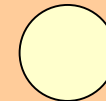


ggfs. Einschränkungen

ggfs. Attribute



ggfs. Zeitstempel



Datenschutz im Internet

- **Rechtsgrundlagen:**
 - **grundsätzlich BDSG, speziell TDDSG/ MDStV**
 - **mobile Anwendungen/ Telekommunikation: TDSV**
 - **grundsätzlich: Einwilligungserfordernis**
 - **„Entschärfung“ durch EGG 2001**
- **Problemfelder:**
 - **Datensammlung, „data mining“, Nutzerprofile, Cookies**

Chancen und Risiken im Datenschutz

**Nutzer-
vertrauen**

**Public
Relations**

**Ordnungs-
widrigkeiten:**

- § 17 TKDG
- § 20 I Nr. 8 - 14 MDStV
- § 44 BDSG
- § 9 TDDSG

Strafrecht:

- Fernmelde-
geheimnis § 206
StGB
- Datenmiß-
brauch § 43
BDSG

Rechtsgrundlagen des Datenschutzes

 **International**

Richtlinie der UN
betr. personen-
bezogene Daten in
automatisierten Dat.

OECD-Empfehlung
grenzüberschreitend
er Datenverkehr

Datenschutz-
konvention vom
28.1.1981

bilaterale Abkommen
(z.B. „Safe Harbour“
EU/USA)

 **Europäische
Union**

Datenschutz-
richtlinie vom
24.10.1995

Telekommu-
nikations-
datenschutz-
richtlinie vom
15.12.1997

EU Daten-
schutzVO
Vorschlag

 **National**

Grundrecht auf
informationelle
Selbstbestimmung

Art. 10 GG/ § 85
TKG: Fern-
meldegeheimnis

Bundesdaten-
schutzgesetz
BDSG

Teledienste-
datenschutz-
gesetz TDDSG

§ 89 TKG/
TKDVO vom
20.12.2000

 **Regional**

Landesgesetze
z.B.
Mediendienste-
staatsvertrag
MDStV

Berliner
Datenschutz-
gesetz BlnDSG

Informations-
verarbeitungs-
gesetz IVG

Dateienregister
verordnung
DateiRegVO

Rechtsschutz von Domains

Ersteintragung:

First Come - First Serve Prinzip

Keine Entstehung von Rechten

Mögliche Kollisionsrechte:

Marken

Geschäftliche Kennzeichen

Namen

Firmen

Kollidierende Ansprüche: Wettbewerbsrecht

Patentierbarkeit von Software

Voraussetzungen:

- **Neu**
- **Erfindung**
- **gewerblich anwendbar**
- **„Technizität“ (neu und erfinderisch gegenüber dem Stand der Technik)**
- **Abgrenzung zum Urheberrecht: Schutz des Funktionsprinzips**

Praxis des DPMA: von ca. 1.500 Prüfanträgen aus dem Bereich der Datenverarbeitung werden fünf bis zehn wegen fehlender Technizität zurückgewiesen

Europäische Praxis: bislang ca. 13.000 Patente

Europ. Patentübereinkommen: Patentschutz für alle Gebiete der Technik

EU: Richtlinienvorschlag zur Patentierung von Software

USA: Patentierbarkeit, teilweise unter Einschluß von Geschäftsprozessen

Strafrechtliche Bestimmungen

Gewerblicher Rechtsschutz

- Strafbare Kennzeichenverletzung (§ 143 MarkenG)

Beispiel: Domains

- Strafbare Werbung (§ 16 UWG)

Unwahre Angaben über scheinbar besonders günstiges Angebot,
Kettenvertrieb

- Verrat von Geschäftsgeheimnissen (§ 17 UWG)
- Verwertung von Vorlagen (§ 18 UWG)
- Unerlaubte Verwertung von urheberrechtliche geschützten Werken (§ 106 UrhG)

Strafrechtliche Bestimmungen

Gewerblicher Rechtsschutz (Teil 2)

- Unzulässiges Anbringen der Urheberbezeichnung (§ 107 UrhG)
- Unerlaubte Eingriffe in verwandte Schutzrechte (§ 108 UrhG)

Beispiel: Datenbanken

Unerlaubte Eingriffe in technische Schutzmaßnahmen (§ 108 b UrhG)

„Umgehung wirksamer technischer Schutzmaßnahmen“

Strafrechtliche Bestimmungen

Datenschutz und Computerkriminalität

- Verstöße gegen das Bundesdatenschutzgesetz (§ 44 BDSG)
- Datenveränderung (§ 303 a StGB)
- Computersabotage (§ 303 b StGB)

www.onlinelaw.de

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!